

Danziger Zeitung.

Nr 17981.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1889.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 8. November. (Privattelegramm.) Nach der „Nat.-Ztg.“ kehrt der Reichskanzler in der dritten Novemberwoche nach Berlin zurück.

Die Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit dem Kaiser Franz Josef in Innsbruck wird nach der „Arenztg.“ wahrscheinlich in der zweiten Hälfte der nächsten Woche stattfinden.

Die Kölner Abtheilung der Colonial-Gesellschaft kündigt zum 15. d. Mts. eine Besprechung über die Frage an: „Wie ist Reichscommissar Hauptmann Francois mit seinen achtzehn Mann in Südwestafrika zu retten?“ Nach der „Aöln.-Ztg.“ hat Hauptmann Francois sich verzehnt und erwartet nächstens den Angriff, der ihn vernichten und die deutsche Schutzherrschaft weglegen kann. Die Regierung beabsichtigt die Vermehrung der Colonialtruppe auf fünfzig Mann und eine gleiche Zahl Eingeborener. Auch das dürfte nicht ausreichen.

Paris, 8. November. (Privattelegr.) Großes Aufsehen erregt hier die Erfindung des ballistischen Gewehrs (ohne Pulver) durch den bekannten Physiker Paul Giffard. Das Gewehr besitzt eine Magazinpatrone mit 300 Schüssen.

London, 8. Nov. (M. I.) In Sachen des Strikes empfehlen Cardinal Manning, der Lordmayor und der Deputierte Bugton dringend in einem Schreiben an die Lichterschiffenfirmen, die Forderungen der streikenden Arbeiter anzunehmen. Daraufhin beschloß das Comité der Arbeiter die Ausführung des gestrigen Beschlusses, die Barken der unnachgiebigen Firmen weder zu befrachten noch zu entfrachten, um 48 Stunden zu verschieben, um die Antwort der Inhaber abzuwarten, welche voraussichtlich günstig ausfallen wird.

Politische Uebersicht.

Danzig, 8. November.

Der Reichstag

hat die erste Berathung der Socialistenvorlage geschlossen. Es lag eine drückende Schwüle über den Verhandlungen der letzten Zeit. Man kommt unwillkürlich zu der Empfindung, daß dieser Reichstag in seiner Majorität keine lebendige Fühlung mit dem Volke hat. Männer, die schon seit einer Reihe von Jahren den Verhandlungen folgen, sagen uns, daß sie eine solche drückende Atmosphäre im Reichstage noch nicht erlebt hätten. Der conservative „Reichsbote“ schreibt es auf den schlechten Besuch und sagt:

„Der Reichstag ist so schlecht besucht, daß die langen Reden nur Bezeugung erhalten durch die Verbreitung, welche ihnen die Zeitungen geben, und es wäre wohl das beste Mittel, um die Redner zur Kürze zu veranlassen, wenn die Parlaments-Berichterstattung nur ganz kurze Berichte machten. (1) Im Reichstage selbst achtet niemand auf die Sprecher der verschiedenen Parteien auf die Reden, um sich gegenseitig antworten zu können. Die meisten Abgeordneten flüchten vor den langen Reden in die Wandelgänge und Restaurationszimmer. Es bildet sich immer mehr die Prognis aus, daß die Mehrheit der Abgeordneten den Generaldebatten fern bleibt und nur bei Abstimmungen erscheint; die Fühlung der Debatte wird den wenigen Sprechern der Fraktionen überlassen. Wer nicht unbedingt muß, der bleibt zu Hause oder fährt mit seinem Freibillet so bald als möglich wieder nach Hause; der Aufenthalt in Berlin kostet viel Geld, man verläßt außerdem sein Geschäft oder seinen Beruf zu Hause, muß sich hier in den ungesunden Gasthäusern und in den Räumen des Reichstags-Notthauses aufhalten. Das neue Reichstagsgebäude schreiet nur im Schreie nach vorwärts und wenn nicht bald der Baucommissar kräftigere Impulse gegeben werden, wird der Bau in diesem Jahrhundert nicht mehr fertig, manche Baugeschäfte scheitern schon morlich zu werden, und der militäre Theil dieses merkwürdigen Neubaus steht aus wie eine Ruine. Infolge aller dieser Verhältnisse ist bei dem Mangel an Diäten eine allgemeine Parlamentarität eingetreten und wie die „Magd.-Ztg.“ erzählt, giebt's eine Menge von Abgeordneten, die sich überhaupt nicht wollen wählen lassen. Wie dies Blatt behauptet, wirkt auch die Abwesenheit des Reichskanzlers verstimmend und erhaltend auf die Abgeordneten, wie auf den Bundesrath, so daß auch dessen Sitzungen oft sehr spärlich besucht sind.“

Diese Schilderung des conservativen Blattes ist immerhin für die Stimmung in den Kreisen der herrschenden Majorität bezeichnend. Trotz ihrer Macht werden sie derselben nicht froh. Der Reichstage-„Nothbau“ ist es sicherlich nicht; er war immer da, auch zu den ganz anderen Zeiten — es ist der Reflex unserer gesammelten inneren Zustände.

Was das Ergebnis der vierstägigen Socialisten-debatte anlangt, so verdient zunächst das Siegesbewußtsein Beachtung, welches aus den Reden der socialdemokratischen Führer hervorgeht. Positive Resultate sind nur wenig gezeitigt worden. Bezüglich der Chancen des Gesetzes war praktisch das Interesse an der Debatte durch die Auslassungen des nationalliberalen Fraktionschefs, des deutschconservativen Dr. Hartmann und des Ministers Herrfurth erschöpft, insofern durch die abgleitende Faltung, welche die deutschconservative Partei und die Regierung den Bedingungen gegenüber einnimmt, unter denen die Nationalliberalen geneigt wären, das gemilderte Gesetz dauernd zu bewilligen, das Schicksal des Gesetzes entschieden erscheint. Einen anderen Zweck als der, diese Thatsachen formell zu constatiren, können auch die Commissionsberathungen nicht haben und somit werden dieselben einen ziemlich raschen Verlauf nehmen. Es wird sich da nur darum handeln, ob die Regierung sich mit diesem negativen Ergebnis, auf welches sie vorbereitet

zu sein scheint, da Minister Herrfurth vorgestern die Zweifel an der Annahme des Gesetzes ausdrücklich hervorhob, begnügt und die Frage eines dauernden Socialistengesetzes zum Gegenstand der Wahltagelation macht, oder ob sie die Verlängerung des bestehenden Gesetzes auf kurze Zeit acceptirt. In parlamentarischen Kreisen hält man, wie man uns schreibt, die letztere Eventualität für die wahrscheinlichere, schon deshalb, weil das Hindernissen der Frage eines dauernden Socialistengesetzes in die Wahltagelation den Zusammenhalt der Cartellparteien vielfach erschüttern würde.

Politische Ergebnisse des Kaiserbesuchs in Konstantinopel.

Daß Kaiser Wilhelm auch andere als ästhetische Gründe hat, mit seiner Reise vollkommen zufrieden zu sein, läßt sich ohne Weiteres annehmen, wird aber vielfach auch erörtert. So z. B. in folgender Meldung der „Post.-Ztg.“ aus London: „Wie über Wien hierher gemeldet wird, kommt Graf Bismarck nach Pest, um Aufschluß über die politischen Ergebnisse des Kaiserbesuchs in Konstantinopel zu erhalten. Diese Ergebnisse sind angeblich folgende: Ohne sich über eine besondere Frage zu verbreiten, bemühte Kaiser Wilhelm sich, den Sultan von den friedlichen Zwecken des Freibundes zu überzeugen, was ihm auch gelang. Davon werde erwartet, daß künftighin bessere Beziehungen zwischen der Türkei und Oesterreich gepflogen werden dürften. In seinen Unterredungen mit dem Großvezir machte Graf Bismarck keinerlei Vorschläge über die bulgarische Frage oder die kretensischen Angelegenheiten, welche die Politik der deutschen Regierung irgendwie beschäftigen könnten.“

Die Wohlgefühls-Affäre

hatte gestern in der Budget-Commission ein seltsames Nachspiel. Als Abg. Baumbach seiner Befriedigung über die Errichtung eines Consulates in Basel Ausdruck gab, in der Erwartung, daß dadurch die Verstimmlung, welche die Wohlgefühls-Affäre hinterlassen habe und von deren Vorhandensein er sich bei seiner Anwesenheit in der Schwelz überzeugt hatte, beseitigt werden würde, erklärte (wie schon gestern telegraphisch gemeldet ist) Unterstaatssecretär Graf Berchem zur allgemeinen Ueberraschung, der Regierung sei von einer solchen Verstimmlung nichts bekannt. Zwischen der Schwelz und Deutschland bestehe das beste Einvernehmen. Abg. Baumbach erwiderte, wer f. J. die „Nordd. Allg. Ztg.“ gelesen habe, werde über diese Mittheilung auf das höchste erstaunt sein. Man müßte nun fragen, weshalb denn der Niederlassungsvertrag mit der Schwelz gekündigt worden sei? Graf Berchem wies darauf hin, daß dieser Vertrag noch fast ein Jahr in Kraft bleibe und die Regierung zu Verhandlungen über die Erneuerung desselben bereit sei. Bei den bestehenden guten Beziehungen sei die Verständigung über einen neuen Vertrag nicht ausgeschlossen. Abg. Baumbach meinte, wenn die Sache so liege, so sei es am einfachsten, die Kündigung zurückzunehmen. Graf Berchem schweig. Angesichts dieses Vorgangs muß man darauf gefaßt sein, daß die Differenzen zwischen der Schwelz und Deutschland aus Anlaß der Wohlgefühls-Affäre für freisinnige Erfindungen erklärt werden.

Ein Händedruck für Stöcker.

Was man von den Auslassungen nationalliberaler Organe gegen Stöcker und Muckerei zu halten hat, hat am deutlichsten Herr Dr. Blasius in einer dieser Tage abgehaltenen Sitzung eines Berliner Cartellvereins zu verstehen gegeben. Herr Blasius sagte in einem Vortrage über das Cartell und die Aconservativen:

„Meine Herren, es steht fest, daß die Vorstände der nationalliberalen und conservativen Partei durchaus nicht dagegen waren — nämlich bei den vorigen Wahlen — wenn Stöcker candidirte, aber sie wußten und es war ihnen deutlich kundgethan, daß die Wähler-schaft ihnen nicht gefolgt wäre. Da gebot die Klugheit jene Forderung zu stellen, — nämlich der Befestigung Stöckers — der man hätte nachkommen sollen, zumal Stöcker einen festen Sitz in Siegen hat.“

Diese letzte Wendung ist vor allem bemerkenswerth, da bekanntlich Herr Stöcker in Siegen immer nur mit nationaler Hilfe gewählt werden kann. Das Bild, wie die Führer der Nationalliberalen und Conservativen in Berlin hinter den Coullissen Herrn Stöcker die Hand drücken, während sie ihren Parteigenossen gegenüber gegen Stöcker und Muckerei zu Felde ziehen, ist in seiner Art einzig.

Zur Reform der ländlichen Gemeindeverfassung.

Als vor einigen Monaten bekannt wurde, daß die Reform der preussischen Einkommensteuer auf Grund des Schöly'schen Entwurfs stiftet sei, versuchte man in mittelparteilichen Kreisen, diese überraschende Wendung durch die Annahme zu erklären, die Regierung habe sich davon überzeugt, daß eine Ueberweisung auch nur eines Theiles der Grund- und Gebäudesteuer an die Kreise und Gemeinden eine Reform der ländlichen Gemeindeverfassung namentlich im preussischen Osten voraussetze. Es war ja bekannt, daß im Ministerium des Innern Erhebungen in dieser Richtung schon seit dem Abtritt des Ministers v. Puttkamer stattgefunden. In der letzten Session des preussischen Abgeordnetenhauses hat Minister Herrfurth es wenigstens nicht für ausgeschlossen erklärt, daß eine bezügliche Vorlage schon in der nächsten Session an den Landtag gelangen werde. Davon scheint indessen jetzt nicht mehr die Rede zu sein. Von offizieller Seite ist jedoch darauf hingewiesen worden, daß bezüglich der Reform der ländlichen Gemeindeverhältnisse im Regierungsbezirk Posen im Wege freiwilliger

Vereinbarung nicht unerhebliche Fortschritte erzielt worden seien. In derselben Weise könne das gleiche Ziel auch in den übrigen östlichen Provinzen mit Erfolg angestrebt werden. Von einer Reform auf dem Wege der Gesetzgebung, mit anderen Worten von einer gesetzlichen Incorporation der kleineren selbständigen Gutsbezirke in die Gemeinden würde demnach vorläufig nicht die Rede sein.

Lohnstatistiken.

Jene Lohnstatistiken, welche große industrielle Vereinigungen, namentlich der Verein deutscher Stahl- und Eisenindustrieller, zu veranstalten pflegen, erstrecken sich erst bis zum Anfang des laufenden Jahres, beziehen sich also auf die jüngste Zeit erheblicher Lohnsteigerungen nicht. Die preussische Bergverwaltung, welche bisher gleichfalls sich darauf beschränkte, die Ergebnisse ihrer Lohnstatistik für ganze Kalenderjahre zusammenzufassen und so zu veröffentlichen, wird angesichts des Interesses, welches die Bewegung der Löhne gerade auf dem Gebiete des Bergbaues für das laufende Jahr beansprucht, dazu übergehen, die Lohnstatistik für jedes Vierteljahr besonders zu bearbeiten und zu veröffentlichen. Eine solche Veröffentlichung steht, den „Pol. Nachr.“ zufolge, bezüglich der ersten beiden Vierteljahre des laufenden Jahres nahe bevor. Für das dritte Quartal dürfte die Sammlung und Umarbeitung der Materialien noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Erst wenn diese Daten vorliegen, wird sich die Wirkung des Ausstandes vom Frühjahr auf die Löhne mit Sicherheit übersehen lassen.

Im böhmischen Landtage

Ist es gestern anlässlich der Adreßdebatte zu heftigen Scenen gekommen. Reger mobilisirte, unter wiederholten lärmenden Rundgebungen der Jungtschechen und aus dem Zuhörerraume, den Antrag, über die vorgeschlagene Adreß zur motivierten Tagesordnung überzugehen. Julius Gregr wies die persönlichen Angriffe Regers zurück. Ebdard Gregr vertheidigte in langer Rede die Adreß. Prinz Schwarzenberg führte aus, das böhmische Staatsrecht könne nur innerhalb die Verfassung verwirklicht werden, er und seine Genossen vertrauten einzig und allein den Worten des Kaisers. Zum Schlusse protestirte Prinz Schwarzenberg gegen jede Zweitheilung des Landes, nur unter Festhaltung der staatsrechtlichen Formen sei die Herstellung des inneren Friedens des Landes möglich. Die Debatte wird heute fortgesetzt.

„Belgien und der nächste Krieg.“

In den politischen und militärischen Kreisen Belgiens wird eine am 4. d. M. erschienene, aus der Feder des ehemaligen Majors des Geniecorps und gewesenen Professors der Militärschule, Gerard, stammende Broschüre: „Belgien und der nächste Krieg“, eifrig besprochen. Der Verfasser führt aus, daß Belgien weniger den eventuell bevorstehenden Krieg als den darauffolgenden Frieden zu befürchten hätte. Gerard glaubt nicht an einen Schutz durch das Neutralitäts-System, welches seiner Meinung nach das Land verweichlicht hätte und es in keiner Beziehung vor einer Invasion und selbst Annexion bewahren würde. Die Broschüre vermischt das ganze bestehende Vertheidigungs-System und bemerkt in betreff der Maas-Befestigung:

„Wir stellen mit großen Kosten eine Festung wieder her, welche Leopold I. hatte schleifen lassen, um den Konsequenzen eines bestehenden Geheimvertrages zu entgehen, kraft dessen Preußen deren Befestigung im Falle eines Krieges mit Frankreich beanspruchen kann.“

Die Broschüre Gerard's schließt mit dem Vorschlage zur Bildung eines Ministeriums der National-Vertheidigung, welches durch Einführung des preussischen Rekrutierungssystems in einem Zeitraum von vier Monaten 4 Armee-corps von je 40 000 Mann bilden könnte, um sie nach Wahl eines Allirten unter Bedingungen, die Belgiens Unabhängigkeit und Freiheit gewährleisten würden, in die Wagschale zu werfen.

Berathung der republikanischen Deputirten in Paris.

Die augenblicklich in Paris anwesenden republikanischen Deputirten, etwa 60 an der Zahl, hielten im Palais Bourbon eine Versammlung ab. Es wurde einstimmig beschlossen, daß die republikanischen Mehrheit geborenen Deputirten am 11. d. Mts. Nachmittags im Palais Bourbon bei der Verhandlung über die vorzunehmende Bureauwahl zu einer Doloresammlung zusammenzutreten sollen. Der Antrag Reinachs, die baulangstigen Deputirten von dieser Versammlung auszuschließen, wurde angenommen.

Ueber die Verhältnisse in Aboffynien

wird der „Politischen Correspondenz“ aus Paris geschrieben: Auch in Frankreich sind vertrauenswürdig Nachrichten eingelangt, welche die Annahme bekräftigen, daß es dem Könige Menelik von Schoa vielleicht gelingen dürfte, die Herrschaft seines Cepters über ganz Aboffynien auszuüben. Dieselben Nachrichten betonen aber auch die ersten Schwierigkeiten, welche Menelik zu überwinden haben wird. Im Norden werden sich ihm die Anhänger des Königs Mangascha, eines natürlichen Sohnes des verstorbenen Königs Johannes, entgegenstellen. Ueberdies wird er auf den Widerstand der abessinischen Priesterschaft stoßen, welche sich den italienischen Einflüssen gegenüber, denen Menelik sich vollständig unterwerfen zu wollen scheint, durchaus ablehnend verhalten soll. Aboffynien soll noch immer in der Lage sein, ungefähr 50 000 Mann ins Feld zu stellen, denen

allerdings militärische Erziehung und organischer Zusammenhang fehlt. Diesen Mängeln gegenüber fällt aber der tiefe Haß gegen das Eindringen einer Fremdherrschaft schwer ins Gewicht. König Menelik wird als ein Mann von Intelligenz und Schlaueit geschildert, der sich auf Geschäfte verstehen soll. Insbesondere zeigt er sich bemüht, gute Gewehre zu gewinnen, die er denn auch bereits von den Italienern erhalten hat. Die Gerüchte, wonach Menelik beabsichtigen soll, sich unter das Protectorat Italiens zu stellen, werden in Paris mit den lebhaftesten Zweifeln aufgenommen.

Der Erfolg der Demokraten in der Union.

Wie aus der Union des näheren über die Staatswahlen gemeldet wird, ist in Newyork der Candidat von Tammany Hall für einen Richterposten durchgefallen. Mit dieser Ausnahme sind die Demokraten in der Stadt Newyork Sieger geblieben und haben auch im Staate Newyork mehr als 20 000 Stimmen Majorität. Die republikanische Majorität in der Legislatur wird daher von 30 auf etwa 6 vermindert. In Massachusetts wurde der Republikaner Bracht mit einer Mehrheit von etwa 6000 Stimmen zum Gouverneur gewählt, während die Demokraten einige Siege für die Legislatur gewannen. In Ohio wurde der Demokrat Campbell mit einer Mehrheit von etwa 8000 Stimmen zum Gouverneur gewählt, die Demokraten erhielten auch die Majorität für die Legislatur; die Wahl eines demokratischen Senators für Washington ist somit gesichert. In Iowa wurde der Demokrat Boles mit einer Majorität von mehr als 10 000 Stimmen zum Gouverneur gewählt. In Nebraska haben die Republikaner den Sieg davongetragen. In Mississippi wurden die demokratischen Candidaten einstimmig gewählt. Die Demokraten haben demnach im allgemeinen einen ganz bedeutenden Erfolg errungen.

Reichstag.

10. Sitzung vom 7. November.

Fortsetzung der ersten Berathung des Socialistengesetzes.

Abg. v. d. Veken (Welfe): Die deutsch hannoversche Partei steht der Vorlage durchaus antipathisch gegenüber, weil wir dadurch den allgemeinen Rechtszustand gefährdet glauben, keineswegs aber etwa in Folge einer Wahlverwandtschaft mit den Socialdemokraten. Im Gegentheil, keine Partei steht den Socialdemokraten ferner als wir, denn im Gegensatz zu deren Bestrebungen, von der Staats- und Gesellschaftsordnung so viel wie möglich abzutragen, wollen wir die Rechtsordnung, wo sie gebrochen, wieder herstellen. Das Socialistengesetz ist ein Ausfluß der seit lange in Deutschland herrschenden unbedingten Staatsraison und der alles überwuchernden Staatsomnipotenz. Mit dem Socialistengesetz stellt sich das deutsche Reich ein Armuthszeugnis aus, das um so unbegreiflicher ist, als Deutschland ein so mächtiges Reich ist. Weit weniger mächtige Reiche, in denen es an Socialisten auch nicht fehlt, kommen ohne ein solches Gesetz aus. Ausnahmefälle stärken nur die, gegen die sie sich richten. Wodurch ist denn das Centrum so groß geworden? Durch den Culturkampf! Entweder das Gesetz ist gut und brauchbar gewesen und müßte in 11 Jahren seine Schuttbildung erhalten haben, so daß es abgeschafft werden könnte, oder es ist von Anfang an unbrauchbar gewesen und dann müßte es ebenfalls abgeschafft werden. Fürchten wir Gott, aber nicht das Gespenst der Socialdemokratie!

Abg. Aulemann (nat.-lib.): Ich halte den Standpunkt der Regierung durchaus nicht für widerspruchsvoll, daß sie sagt, das Gesetz hat seine volle Wirkung noch nicht gefaßt, so daß wir es entheben könnten, aber es hat immerhin so gewirkt, daß ohne das Vorhandensein des Gesetzes die Sache noch viel schlimmer wäre, und deshalb wollen wir es verlängern. Die Herren auf der linken Seite vertreten den alten abgelebten Standpunkt des Mangelstheismus, alles gehen zu lassen wie es will. Unsere Schutzmahregeln gegen die Socialdemokratie sind nicht ein Ausdruck der Furcht sondern nur der weisen Vorbeuge. Die Rechtsgewalt ist nicht werthlos, denn sie schaffen Präjudicien für die unteren Behörden. Gegen bewusste Uebertretung schlägt die Ehrenhaftigkeit des deutschen Beamtenstandes. Das gemeine Recht reicht nicht aus, denn das Strafgesetzbuch hat nur regressive Mittel; gegen die Socialdemokraten müssen wir aber präventive Maßregeln haben. Will jemand auf mich schließen, dann werde ich mich doch nicht mit dem Gedanken begnügen, daß der Thäter nachher bestraft wird. Die Neigung zur Gewalt auf Seiten der Socialdemokraten ist nicht abzuleugnen. Zwischen Socialdemokraten und Anarchisten besteht kein so großer Unterschied, als man hier aufstellen beliebt. (Unruhe bei den Socialdemokraten.) Denn wenn Einer unzufrieden ist, geht er zu den Socialdemokraten, ist er sehr unzufrieden, dann wird er Anarchist. (Abg. Frohme: Aberneheit!) Der Ausdruck dürfte nicht ganz parlamentarisch sein. (Abg. Frohme: Aber zureichend!) (Diepräsident ruft: Ich habe den Ausdruck nicht gehört, sonst würde ich ihn gerügt haben.) Ebenfalls muß der friedliche Bürger im Rechtsstaat gegen derartige unfürzliche Bestrebungen geschützt werden. Daß der „Socialdemokrat“ wenigstens verblümt den Meinungen im Interesse der Partei empfohlen hat, das werden Sie nicht abschütteln können. (Abg. Bebel: Wo steht das?) Es steht in einer Schrift von Hammann (Aha!), der gewiß richtig citirt hat. Die hiesige „Volksstimme“ vom 21. Dezember 1887 hat den wegen Meinungsverschiedenheiten Anarchisten Rede als einen edlen, überzeugungstreuen Menschen, als einen Ehrenmann bezeichnet. Da muß es doch mit der Achtung vor dem Eide schlecht bestellt sein. Das vorgelegte Specialgesetz kann wesentliche Verbesserungen erfahren. Es muß eine weitere Scheidung eintreten zwischen dem, was man unter „Socialdemokratie“ nach der Richtung versteht, wie weit sie dem Staate gefährlich ist, und nach derjenigen, die der freien Entscheidung überlassen werden muß. Die bisherige Handhabung des Gesetzes läßt mich dringen wünschen, daß es damit in Zukunft anders werde; das Gesetz bringt eben die Scheidung zwischen berechtigten und unberechtigten socialistischen Bestrebungen nicht genügend zum Ausdruck. Es muß scharfer unterschieden werden zwischen Arbeiterbewegung und socialistischen Agitationen. Die Arbeiterbewegung ist eine welt-historische, sie vollzieht sich mit elementarer Gewalt,

Wir werden möglicherweise auf dem Gebiete des Socialismus weiter getrieben werden, als irgend einer von uns jetzt annimmt (hört, hört links); so geht eben die Welt, denn kann der Einzelne sich nicht entziehen. Die Köpfe müssen ganz anders gestaltet, der Arbeitsertrag als solcher muß erhöht werden, dem Organisationsbedürfnis des vierten Standes muß Rechnung getragen werden. Ich halte es für eine Kürzlichkeit derjenigen Kreise, die sich im allgemeinen den Arbeitern freundlich gegenüberstellen, daß sie der Coalition, der Association der Arbeiter entgegenstehen; ich halte das für falsch, eine Organisation der Arbeiter von Staatswegen kann keine Gefahr für den Staat haben. Ich bin also auch für ein Socialgesetz; das Gesetz muß aber aus einem Polizeigesetz in ein Rechtsgesetz umgewandelt werden, es muß so umgearbeitet werden, daß es auch für eine richterliche Beförderung wirklich brauchbar ist. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Bebel: Wenn die Rede des Abg. Aulemann etwa eine Candidatenrede für einen Justizministerposten sein sollte, dann kann ich ihn nur lebhaft bedauern, denn in mehr Widerprüche könnte sich ein Redner in derselben Zeit kaum verwickeln, als er es gethan. Der erste und zweite Theil der Rede stehen in diametralen Gegensatz. Ist die erste maßgebend für ihn, dann möchte ich fragen, was nach ihm die Socialdemokratie überhaupt noch für ein Recht haben sollte: weder ein Pressorgan, noch ein Verein, noch die Möglichkeit zu öffentlichen Kundgebungen wäre vorhanden. Im zweiten Theil entwickelte er wesentlich andere Gedanken; da suchte er einen Unterschied zwischen Socialdemokratie und Arbeiterklasse zu machen, wie ihn gestern auch der Minister Herrfurth zu formuliren versuchte, obwohl ich zugeben muß, daß mir im Vergleich der Minister als ein Muster von Liberalität erscheint. (Sehr richtig! links.) Wenn der Vorkredner sagt, das Reich müsse sich schütten vor der Socialdemokratie, weil sie auf den Umsturz hinarbeitet, und wenn er als Maßstab dafür die 800 000 Wähler darstellt, dann hat er doch vergessen, daß wir schon vor drei Jahren 763 000 Wahlstimmen zählten — und der Staat steht heute noch; wir hoffen, bei den nächsten Wahlen es mindestens auf eine Million zu bringen, und das Reich wird auch noch nicht umfallen. Wenn als Beweis des umstürzlerischen Charakters der Socialdemokratie darauf hingewiesen ist, daß sie 1880 das Wort „geschlechtlich“ aus ihrem Programm („Agitation mit allen geschlechtlichen Mitteln“) gestrichen habe, so geschähe dies nur, weil das Socialistengesetz inzwischen eine Reihe von Agitationsmitteln, die allen anderen Parteien zu Gebote standen, uns geraubt hatte, auf deren Anwendung wir gleichwohl nicht verzichten mochten. Das Socialistengesetz ist in seiner Anwendbarkeit vollkommen unberechenbar, es hängt ganz von der Willkür, dem Belieben des einzelnen Beamten ab, was er als umstürzlerisch oder friedensgefährdend erachtet will. An 10 000 Hausdurchsuchungen haben auf Grund des Socialistengesetzes stattgefunden, die Zahl der durch Schließung von Druckereien, durch Ausweisungen vernichteten Erfindungen ist eine sehr erhebliche (600), von Vereinsverboten und Versammlungs-Auflösungen garnicht zu reden, die politischen Vegetationen gehen ins Enorme. Im liberalen Mutterlande haben kann ich keine Gesetze befohlen, ohne daß Polikisten vor dem Hotel Posten stehen und auf Schritt und Tritt wie Hunde hinter mir herlaufen. (Heiterkeit.) Andererseits sind im Jahre 1881 311 000 socialdemokratische Stimmen abgegeben worden, 1887 dagegen 763 000. Das bedeutet eine Vermehrung von 140 Proc. Ferner ist der Opfermuth unserer Parteigenossen in Folge des Gesetzes in einer Weise angeregt worden, daß unsere Partei hierfür von Ihnen als Beispiel für Ihre eigenen Mitglieder angeführt wird. Die Socialdemokratie ist eben eine Partei, die Ideale hat, und alle, die Ideale haben, sind dafür auch begeistert und opferbereit. „Das Volk“, das Organ des Herrn Götter, hat erst vor kurzem entwickelt, daß die conservative Partei der Ideale ganz baar sei, und ich begreife, daß dem entsprechend bei ihr die Opferwilligkeit nicht existirt. Der Minister Herrfurth tröstete sich gestern mit der Wirkung des Gesetzes, daß die Ausbreitung der Socialdemokratie wenigstens geographisch beschränkt geblieben und die ländliche Bevölkerung nicht ergriffen sei. Das ist Täuschung. Schon bei den letzten Wahlen erwies sich auch die geographische Ausbreitung, und die nächsten Wahlen werden dem Minister in dieser Beziehung noch bedeutende Ueberraschungen bereiten. Es ist ein Widerspruch, zuzugeben, daß die Socialdemokratie eine geistige Macht ist, die aus der Natur der heutigen Gesellschaftsverhältnisse erwachsen ist, und gleichwohl Maßregeln zu ihrer Unterdrückung zu treffen. Die Herren hätten an ihrer eigenen Entwicklung als bürgerliche Partei das allerdeutlichste Beispiel gehabt, was in dieser Beziehung geleistet werden kann. Man ist gegen Sie auf Grund der Karlsbader Beschlüsse gerade so vorgegangen, wie gegen uns. Auch damals verpflichteten sich die verbündeten deutschen Regierungen u. a. gegen einander, Unterstützungs- und andere öffentliche Lehrer, die durch Mißbrauch ihres rechtmäßigen Einflusses auf die Jugend den Regierungen feindselig oder die Grundlagen der bestehenden Staatseinrichtungen untergrabende Lehren verbreiteten, von den betreffenden Lehranstalten zu entfernen. Schriften, die nach dem Urtheil einer unserer Beschwerdecommissionen ähnlichen Commission als der Erhaltung des Friedens zuwiderlaufend erachtet würden, sollten unterdrückt werden. Das war 1820. Im Jahre 1863, als Fürst Bismarck zu Ihnen, insbesondere der Partei des Herrn v. Bennigsen, in der schwersten Opposition stand, als die berühmten Preßordnungen ergingen, wurden die Verwaltungsinstanzen angewiesen, Zeitungen zu unterdrücken, nicht bloß, wenn ein Artikel zur strafrechtlichen Verfolgung Anlaß gegeben, sondern schon, wenn die Gesamthaltung die Tendenz erkennen läßt, die Ehrfurcht und Treue gegen den König zu untergraben, den öffentlichen Frieden durch Aufreizung der Angehörigen des Staates gegeneinander zu gefährden, die Einrichtungen des Staates, die öffentlichen Behörden durch Schmähungen dem Haß auszuweisen, zum Ungehorsam aufzureizen, die Gerechtigkeit zu untergraben, die Lehren der Kirche herabzusetzen u. s. w. Diese Verordnungen, die zwar ungeschicklich, aber nach der Meinung der Staatsgewalt, des Fürsten Bismarck und des Königs, geschickt waren und unter dem Beifall der rechten Seite erlassen wurden, sind genau gegen dieselben Bestrebungen gerichtet, die Sie hier im Socialistengesetz nunmehr auf unabsehbare Dauer bestrafen sollen. Sollte da nicht der ernsthafte Zweifel kommen, ob Sie auf dem rechten Wege sind? Sie wollen die „Umstürzlerbestrebungen“ der Socialdemokratie verfolgen. Es wäre interessant, darüber vom Reichstage selbst eine Declaration zu erhalten, daß die verbündeten Regierungen sie nicht haben finden können. Nun und nimmermehr würden sie sich darüber zu einigen vermögen; sie ist einfach nicht zu geben. Umstürzler der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung ist nach dem Abg. Nobbe ja schon eine Kritik der bestehenden indirecten Steuerordnung, wie wir sie hier geübt haben; und doch werden wir in der Auffassung, daß die indirecten Steuern ganz vorzugsweise auf den Schultern der armen Klassen lasten, von Vertretern der bürgerlichen und sogar der conservativen Parteien unterstützt. Nach Ansicht des Abg. Hartmann ist sogar unser Antrag auf Errichtung von Arbeitsämtern und Arbeitskammern umstürzlerisch. Damit das Socialistengesetz rechtfertigen zu wollen, ist das stärkste, was gedacht werden kann. Vor 12 Jahren erklärte der Abg. v. Bechler-Suec sogar die Forderung einer progressiven Einkommensteuer für eine communisistische, die durch das Socialistengesetz getroffen werde. Der Herr Minister hat gestern selbst gesagt, die socialistische Lehre soll nicht durch das Gesetz getroffen werden. Diese Lehre sagt aber klar und deutlich, daß der Socialismus nur verwirklicht werden kann auf dem Boden einer ganz anderen Staats- und Gesellschaftsordnung. Kommen Sie da nicht in den härtesten Widerspruch? Was die Herren Aulemann, Hartmann und Nobbe als staatsgefährlich betrachten, erklärt der Minister für einen unantastbaren Lehrsatz, der verbreitet werden

kann. Wir sollen uns mit Unrecht anmaßen, die Arbeitermehrheit zu vertreten. Dann hätte ich es für annehmbar, wenn sich die nationalliberale Partei als die Vertreterin des deutschen Bürgerthums ansieht. Doch sie das nicht ist, wird jedermann auch Herr Aulemann sehr bedauern. Jeder denkende Arbeiter muß nothwendig Socialdemokrat werden, wenn er sich die zeitliche Staats- und Gesellschaftsordnung ansieht. Sie fürchten aber die politische Aufklärung des Arbeiters und wollen sie hintertreiben. Die Nationalliberalen vertreten das Großkapital, das Unternehmertum, das Tausende von Arbeitern beschäftigt und befreit ist, diese zu scheeren und für sich immer neue Millionen aufzuheben. Aber nicht immer haben die Nationalliberalen diese Auffassung von der Gefährlichkeit des Socialismus gehabt. In den „Annalen des Ergänzungsblattes“ von 1846 schreibt der bekannte Prof. Biedermann, noch heute ein Führer der Nationalliberalen in Sachsen, in einem Aufsatz über „Socialismus und Communismus“, in nicht zu ferner Zeit werden der Socialismus und die letzten Consequenzen des Freiheitsgedankens, wie sie der Communismus aufstellt, verwirklicht werden. Ueberläßt Sie dabei nicht eine Gänsehaut? — Das badische Bundesrathsmittglied, Herr v. Marbach, hat 1878 im Reichstag gesagt: Schaffen Sie ein kurzbauerndes, aber ein schnelles Gesetz! Und heute will er dieses schnelle Gesetz verewigen! Herr v. Kardorff sprach bereits 1879 von der Nothwendigkeit, das Ausnahmengesetz zu beschaffen und durch gemeinrechtliche Bestimmungen zu ersetzen. Und schon bei der Beratung des ersten Socialistengesetzes sprach aus der Rede v. Bennigsen die Ahnung, daß das Socialistengesetz nur Normen der Reichsausschließung gewesen sei und die Sache so ganz anders hinauslaufe. Herr v. Bennigsen hat damals die kurze Dauer des Ausnahmengesetzes in den Vordergrund gestellt und niemand kann die Gefahren und Bedenken der kaufmännischen Bestimmungen, die es enthält und mit der steigenden Dauer in immer erhöhten Maße zeitigen muß, besser charakterisiren und deutlicher voraussagen, als Herr v. Bennigsen es damals gethan hat. Alles ist eingetroffen, wie Herr v. Bennigsen es damals voraussetzte, der sich schließlich über die Wirkung des Gesetzes noch dahin äußerte, daß wenn die bestehenden Klassen durch ein solches Mittel Hunderttausende außerhalb der Gesetze stellen, erklärlich sei, wenn diese nicht mehr die Gesetze respectirten. Das ist in vollem Maße eingetroffen, es existirt jetzt eine Erbitterung unter den Arbeitern, wie nie zuvor. Man trifft nicht nur die Umstürzlerbestrebungen, sondern die Arbeiterbewegung überhaupt. Bei der Handhabung des Gesetzes herrscht kein festes Princip. Wenn man einen Preis von einer Million Mark aussetzt für den Nachweis, nach welchen Grundgesetzen die verschiedenen Behörden im deutschen Reich das Gesetz handhaben, würde dieser Preis nicht erworben werden können, da es eben kein festes Princip dabei giebt. In München wurde eine Versammlung verboten, zu welcher Tausende die Abonnenten seines verbotenen Wochenblattes eingeladen hatte, um mit ihnen über die Herausgabe eines neuen Tageblattes zu beraten. In Dresden wurde eine Versammlung verboten, in welcher die Tischlergesellen zu einer von den Tischlermeistern erlassenen Werksattordnungs Stellung nehmen wollten. In Weimar wurde eine Versammlung verboten, die einen Vortrag über Goethe ankündigte, in Plauen bei Dresden, weil ein Socialdemokrat im Bureau saß, eine andere, die Gründung eines Wahlvereins betrockende mit der Motivirung, daß vorläufig keine Wahlen bevorstünden, wieder eine andere, in der ein Vortrag mit dem Thema „Die Aenderernährung im schulpflichtigen Alter und Hans Sachs“ angekündigt war. (Heiterkeit.) Widersprüche beiderseits Verwaltungsbehörden sind namentlich in Sachsen recht häufig vorgekommen. Dem Abg. Singer wurde verboten, eine Versammlung abzuhalten, weil er am internationalen Congress theilgenommen habe — und doch war er garnicht in Paris — mir, weil ich socialdemokratischer Agitator und oft bestraft sei. Mehrmals hat in Sachsen eine Amtshauptmannschaft immer wieder eine Versammlung verboten, nachdem die Amtshauptmannschaft das Verbot aufgehoben hatte. Eine ähnliche Rebellion der Unterbehörden gegen die oberen ist noch nicht dagewesen. Gilt alles nichts, so bearbeitet man die Wirthe, ihre Säle nicht herzugeben, droht ihnen mit Entziehung der Concession und der Zangenehmigung oder mit der Polizeistunde. Eine Aenderung trat erst ein, als wir den Boycott in Anwendung brachten, wodurch die Wirthe einen größeren Schaden erwarteten. Ein derartiger Kampf mit den Behörden jedes größeren Ortes muß die Massen auf das allerhärteste erbittern. (Caden rechts.) Sie lachen über solche drassilichen Beweise, aber das Lachen der Arbeiter ist ein ganz anderes, als das Ihrige, sie fühlen, was es heißt, Bürger zweiter Klasse zu sein, wie Herr v. Bennigsen es früher einmal nannte. Für uns in Sachsen ist garnichts durch die sogenannte Milderung, die den Beschwerdeweg an die Verwaltungsbehörde zuläßt, gewonnen. Nicht eine sachliche Behörde hat bisher zu Gunsten der Arbeiter entschieden, denn es ist dort geradezu Princip, einem Beamten gegenüber einem Socialdemokraten nie Unrecht zu geben, man würde, meint man, die Autorität der Beamten dadurch untergraben. Zumellen merken wir, daß man den Beamten gesagt hat, sie möchten es künftig geschickter machen. Ist vermeintlich die Behörden, die Partei schriftlich zu beschreiben, um ihnen nicht die Gründe zu einer Beschwerde schriftlich in die Hand zu geben. In einem Falle verlangte das Landrathsamt für seine Verfügung, daß die Versammlung mit Unrecht verboten sei, eine Gebühr von 10.50 Mark. Werden arme Arbeiter, die Recht suchen, diese Summe bereitwillig zahlen? In einer auf meine Veranlassung verfaßten Statistik ist constatirt, daß vom 1. Januar bis 1. September dieses Jahres in Deutschland 360 Versammlungen aufgelöst oder verboten sind. Man kann doch bei solchen Massenausschließungen nicht überall die Beschwerdebefähigung anrufen. In Berlin ist man verhältnismäßig milde. Der Herr Minister als Mitglied der Reichscommission wird mir bestätigen, daß vieles, was aus der Berliner Arbeiterpresse unbeantwundet erscheint, anderswo das Verbot zur Folge hat. Ich muß dem Herrn Minister das Compliment machen, daß man in Sachsen mit einer wahren Sehnsucht nach den Berliner Zuständen schaut, aber es ist Willkür, daß hier die Freiheit eine größere ist. Denn wenn auf den gegenwärtigen Minister ein anderer folgt, etwa wieder Herr v. Puttkamer oder sein Bruder Herr v. Puttkamer-Plautz (Heiterkeit), werden auch wieder andere Zustände kommen. Ein Gesetz, das solche Willkür zuläßt, demoralisirt die Massen. In Breslau ist ein socialdemokratischer Parteitag, der die Candidatenfrage für den nächsten Reichstag erörtern wollte, verboten worden. Auf telegraphische Beschwerde entschied der Minister des Innern, daß das Verbot aufgehoben sei, und die Versammlung konnte rechtzeitig stattfinden. Der bairische Minister des Innern entschied anders auf eine Beschwerde wegen Verbot einer Versammlung zu Nürnberg. Auf die Ausweisungsbefugniß und den kleinen Belagerungszustand will die Regierung nicht verzichten, trotzdem die Wirkungen derselben nicht zu Gunsten der Regierungen ausgefallen sind. Es sind 600 Personen ausgewiesen worden, von denen ein Theil wieder mit Genehmigung der Polizeibehörde zurückgekehrt ist, ein anderer Theil im Auslande seine Gesinnung gefunden hat. Wen man hauptsächlich aber mit der Ausweisung treffen will, sind wir, die Abgeordneten, die Führer der Partei. Für uns ist es gleich, wo wir wohnen, wir können überall unsere Arbeit verrichten. Heute wird diese Arbeit von uns weit intensiver bestraft als früher. Mir speciell haben Sie mit der Ausweisung meine Gesinnung ruiniert. Ich stehe heute ganz und gar in der socialdemokratischen Agitation. Der Abg. Singer ist von Berlin ausgewiesen und auch aus seinem Geschäft herausgebrängt; auch er steht heute mit seiner vollen Kraft in der Agitation. Der Abg. Liebmacht, dem man seinen Schriftstellerberuf nicht verleben konnte, ist von seiner Familie getrennt worden. Sie wohnt in Leipzig, er auf einem Dorfe

Borsdorf bei Leipzig. Unsere Sache hat davon nur den größten Vortheil, da er seine ganze Zeit uns widmen kann. Man will mit der Ausweisung immer nur wenige Personen treffen und deren Gesinnung vernichten. Das ist der eigentliche Zweck. Daß das Gesetz auch auf die Gerichte corrumptirend gewirkt hat, gestand kürzlich selbst die „National-Zeitung“ zu. In der Maser'schen Broschüre finden Sie eine ganze Reihe von Fällen, die dies beweisen. Ich bin entfernt davon, die ganze deutsche Justiz in einen Topf zu werfen, aber es giebt eine gewisse Zahl von Gerichten, bei denen der Anwalt uns sofort sagt: Gnade Gott, da wird es schwer halten, die Verurtheilung zu vermeiden. In den Jahren 1880 und 81 sind in Dresden ungefähr 90 Personen verhaftet worden, die zusammengekommen über 6 Jahre in Untersuchungshaft gewesen sind. Von diesen sind nur 29 verurtheilt. Der eine saß 18 Wochen in Untersuchungshaft, sein Geschäft, seine Gesinnung war ruiniert und er ging in die Erde. Ein anderer erhängte sich, kurz bevor er freigelassen werden sollte. Ich selbst wurde im Jahre 1880 vom Dresdener Landgericht wegen der beabsichtigten Verbreitung einer Flugchrift angeklagt, welche aber schon vorher beschlagnahmt wurde. Trotzdem die Polizei jeder Zeit meinen Aufenthaltssort kannte, wurde ich am ersten Pfingstfesttage in Dresden verhaftet, weil ich unterstandlos sei, obwohl ich sächsischer Landtagsabgeordneter war. Man verhaftete mich absichtlich am Feiertage, weil ich da nicht gleich beim Gericht Beschwerde einlegen konnte. Als ich dann später verurtheilt wurde, ist der Präsident der Strafkammer, wie ich glaube, zur Belohnung dieser Dienste Landgerichtspräsident geworden. Solche Erfahrungen haben auch andere Parteigenossen gemacht. So wird die Justiz untergraben. Landspiegel werden förmlich gelöscht. Eine kolossale Zahl von Geheimpolitiken ist zerstreut über Deutschland, Europa, selbst über Amerika. Das eigentliche Haupt der politischen Polizei Herr Krüger unterliegt nicht dem Minister des Innern, sondern dem Minister des Auswärtigen. Dieser Herr ist bei den Kaiserreisen nach Süddeutschland acht Tage vorausgereist nach München, nach Stuttgart, nach Italien und hat überall die Polizei, die sehr erlaucht darüber war, instruit, daß man in Erfahrung gebracht, daß Attentate auf den Kaiser geplant würden. Das war nach meiner Ueberzeugung alles erlogen. Ich kann Ihnen heute eine interessante Correspondenz zwischen dem agent provocateur Schröder und dem Polizeirath Krüger vorlegen. Schröder hat denselben benachrichtigt, daß er eine Dynamitkiste in seinem Hause von dem Anarchisten Eckert habe, die bestimmt sei für die Propaganda der That, um jemand, der nicht mehr lange zu leben habe, einem Schwindelbühnen, vor seinem Tode noch einen Trost mitzugeben, nämlich Kaiser Wilhelm und den Kronprinzen mitnehmen zu können; und dann später, daß er Nachricht geben werde, wenn die Kiste aus dem Hause gehe. Im März 1886 meldet er, daß die Kiste mit der braunen Waare noch nicht wieder abgeholt und im Garten bei ihm vergraben sei. Das war, nebenbei gesagt, gelogen. Krüger wußte also, daß Schröder 3/4 Jahr im Besitz einer Dynamitkiste war, die zu Attentaten in Deutschland bestimmt war; er kannte die Person, die diese Kiste gebracht hatte; er wußte, daß Schröder bekannte Anarchisten bei sich herbeigeführt und mit preußischen Gelde bewirthet. Statt dessen wurde diese Person nicht sofort der Polizei ausgeliefert. Aus dem Prozeß Wichmann in Hamburg wissen wir, daß der dortige Polizeicommissar Engel Wichmann instruit hat, nach Berlin zu melden, daß die Hamburger Polizei viel zu lag das Socialistengesetz handhabte, daß Wichmann unteren Parteigenossen Auer denunciren mußte. Geld unterschlagen zu haben u. s. w. In München trat im vorigen Jahre als Kronzeuge ein ganz niederträchtiger Lump, ein Aler auf, der von der Polizei bejagt wurde und der aus dem Gefängnisporrathsaufstieg wurde, wo er wegen eines Verbrechens gegen ein Mädchen unter 14 Jahren saß. Mit diesen Staatspöbeln wird die Ordnung aufrecht erhalten gegen 800 000 Wähler! Kommen Sie denn wirklich mit dem gemeinen Recht nicht aus? Begrüßt denn die Regierung garnicht, welche ungeheures Armuthezeugniß sie sich selbst mit ihren Motiven ausstellt, wenn sie sagt, daß die öffentlichen Debatten über die Verlängerung des Socialistengesetzes immer neuen Stoffs in die Massen im Lande hineintragen? Nicht wahr, nein. Sie selbst haben Furcht, weil Sie sich durch diese Verhandlungen bloßstellen und uns immer neue Waffen in die Hand geben. Denn das wissen Sie recht gut, in solchen parlamentarischen Darlegungen sind nicht nur die Beschlagenen, sondern Sie. Die einzelnen sogenannten Milderungen der Vorlage kommen garnicht in Betracht gegenüber der furchtbaren Härte, die hinsichtlich darin liegen soll, daß ein Ausgewiesener nicht bloß bisher auf je ein Jahr, sondern auf ganz ungewisse, vom Beileben der Polizei allein abhängige Zeit ausgewiesen werden soll. Selbst der schwerste Verbrecher, den man unter Polizeiaufsicht stellt, weiß doch im voraus, wie lang bemessen diese Frist ist. Nur Socialdemokraten stellt man noch schlechter. Man spreche uns also nicht von einer Milde der Regierung. Wie aber auch alle diese Mittel beschaffen sein mögen, geistige Mächte — und eine geistige Macht ist die Socialdemokratie, die auch der Minister als eine Culturentwicklung hat anerkennen müssen — können nicht mit äußeren Machtmitteln unterdrückt werden. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Die Discussion wird geschlossen und die Vorlage einer Commission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Nächste Sitzung: Freitag.

Deutschland.

* Berlin, 7. Nov. Dem Magistrat und den Stadtverordneten von Berlin ist auf die anlässlich der Vermählung der Prinzessin Sophie an die Kaiserin Friedrich gerichtete Glückwunsch-Adresse das folgende Antwortschreiben zugegangen: „In gewohnter Anhänglichkeit haben der Magistrat und die Stadtverordneten von Berlin mich auch diesmal, aus Veranlassung der Feier der Vermählung meiner Tochter, der Prinzessin Sophie von Preußen mit dem Kronprinzen von Griechenland, mit theilnehmenden Worten beglückwünscht, die mir gerade jetzt, fern von der Heimath, unendlich wohlthun. Möchten die ausgeprochenen Wünsche dem jungen Paare die Vorbedeutung für eine glückliche Zukunft werden.“

Welchen Antheil zwei Fürstenthümer, zwei Nationen an der eben geschlossenen Verbindung genommen haben, bekundet allseitige aufrichtige Theilnahme. Nach dem Segen des Himmels erfolge ich für die neu Vermählten den des heimgegangenen in Gott ruhenden Kaisers und Königs Friedrich, meines Gemahls, dem es nach Gottes unerschöpflichem Rathschluß nicht mehr vergönnt war, Theil zu nehmen an der Begründung des Glücks Unserer vielgeliebten Tochter.

Athen, den 30. October 1889.

Victoria.

Kaiserin und Königin Friedrich. * [Die Kaiserin Friedrich] hat, wie der „Confectionär“ mittheilt, in ihrer wohlthätigen Thätigkeit angeordnet, an die Arbeiterinnen, welche an der Herstellung der Ausstattung der Prinzessin Sophie thätig waren, Geldgeschenke zu vertheilen, damit dieselben sich am Hochzeitstage der jetzigen „Herzogin von Sparta“ einen vergnügten Tag bereiten sollen.

* Für das Kaiser Friedrich-Denkmal auf dem Schlachtfelde von Bismarck sind bereits 80 000 Mk. eingegangen. Am 3. November fand in Hagenau eine Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses statt. Davon hat Berlin allein über 30 000 Mk. und die Stadt Mannheim über 7000 Mk. gesendet. Die Errichtung des Denkmals ist daher jetzt schon gesichert.

* [Wegen Beleidigung des Herzogs von Coburg-Gotha] war gegen die freisinnige „Oberhol. Grenz-Zig.“ in Weuthen D.-G. in Folge einer Kritik der Schrift: „Auch ein Programm aus den

99 Tagen“ ein Strafverfahren eingeleitet worden. Dasselbe ist nunmehr eingestellt und die beschlagnahmten Exemplare der Zeitung sind zurückgegeben worden.

L. [Die Kosten der Expedition Wichmann.] In der Budgetcommission wurde heute mitgetheilt, daß die Nachforderung für die Expedition Wichmann, welche sich auf ungefähr 2 Mill. Mk. belaufe, dem Reichstage demnächst zugehen werde. Darnach betragen die Kosten der bisherigen Expedition, die bereits bewilligten 2 Millionen einbezogen und abgezogen von den Kosten, welche die Beihiligung der Kriegsmarine an der Expedition verursacht hat, im ganzen 4 Mill. Mk. Die Bewilligung der Kosten für die Wiedereroberung des südlichen Theiles der ostafrikanischen Küste wird erst später nachgeschickt werden.

* [Unterricht für Zigeunerkinder.] Die königl. Regierungen sind neuerdings angewiesen worden, Anordnungen zu treffen, daß den Volksschullehrern unterjagt wird, den Kindern von durchwandern den Zigeunern die Theilnahme an dem Schulunterricht zu gestatten und zu beschleunigen.

* [Erlässung der Landarmenverbände.] Nach dem Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz liegt den Landarmenverbänden nur die Verpflichtung ob, die öffentliche Unterstützung Hilfsbedürftiger, welche zu tragen kein Ortsverband verpflichtet ist, der sog. Landarmen, zu leisten. Das preussische Ausführungsgesetz stellt den Landarmenverbänden über den sonstigen Communalverbänden anheim, die Kosten der Fürsorge für Geistesranke, Taubstumme, Idioten, Blinde, welche man als außerordentliche Armenlast bezeichnet, an Stelle der verpflichteten Ortsarmenverbände zu übernehmen. Ueber den Umfang, in welchem von dieser Befugniß Gebrauch gemacht worden ist, hat der Minister des Innern eine Erhebung anstellen lassen, welche zu dem Ergebnis geführt hat, daß der bestehende Zustand nur in einzelnen Provinzen befriedigend, in anderen durchaus ungenügend ist. Kleinere Ortsarmenverbände, welche zufällig für einen oder mehrere Geistesranke etc. zu sorgen haben, sind schwer belastet, und es macht sich mannigfach da, wo Landarmen- oder Communalverbände die außerordentliche Armenlast nicht übernommen haben, die Neigung geltend, unschuldige Idioten, Epileptische etc. nur im äußersten Nothfall in einer Anstalt unterzubringen. Nach der erwähnten Erhebung sind im Jahre 1885 an Unterstützungen für Nicht-Landarme an unermögende Ortsarmenverbände von den preussischen Landarmenverbänden zusammen nur 64 500 geleistet worden, während 47 368 Ortsarmenverbände 45.6 Millionen Mark für Armenwohne insgesamt aufgewendet haben. Es soll nun zunächst, wie gemeldet wird, versucht werden, auf dem Wege angemessener Einwirkung auf die Landarmenverbände und Kreise, um sie zum Eintreten für die außerordentlichen Armenlast zu bewegen, Abhilfe zu schaffen.

* [Französische Schweine.] Das Einfuhrverbot für Schweine aus Dänemark hat nunmehr zur Folge gehabt, daß auch Schweine aus Frankreich in Altona eingeführt werden. Montag traf die erste Sendung, an mehrere Viehcommissionsäre adressirt, am dortigen Viehhof ein.

Vortmund, 5. Novbr. Die Bergarbeiter-Delegirten Bunde und Schröder haben, der „Zrkf.-Zig.“ zufolge, hier ein Tabak- und Cigarren-Geschäft eröffnet, da sie von der Bergarbeit ausgeschlossen sind.

München, 7. November. Der Finanzausschuß der Kammer der Abgeordneten bewilligte den Bau eines fiscalischen Logierhotels für das Stadthaus Staben. Bei der Beratung des Militärausbaus pro 1889/90 erklärte der Kriegsminister, General der Infanterie v. Helldorf, es beständen, soweit er unterrichtet sei, keine Klagen über die Unzulänglichkeit und schlechte Qualität der Nahrungsmittel für die Truppen. Fernerweit müßten die an die Mannschaften gestellten Anforderungen noch wesentlich erhöht werden; Anfälle seien selten, jedoch schwer zu vermeiden. Hierauf erläuterte der Kriegsminister an Beispielen aus Preußen und dem deutschen Reich die geforderte Gehaltsaufbesserung der Militäranwärter. Beim Gebührenausschuß warnte der Finanzminister v. Nibel, die Gebühren zu tief herabzusetzen, da die Erhöhung der Matriculaturbeiträge und die Ausgaben für die Altersversicherung, der Mahabschlag und die Ausgaben für die Doppelgeleise die Vorlast des Finanzressorts erfordern. Hierauf wurde der Entwurf genehmigt.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 7. Nov. Die Generalynode des habsburgischen Bekenntnisses hielt heute ihre feierliche Schlußsitzung ab. Nach der Wahl des Synodal-Ausschusses gedachte Superintendent Synalnat des huldvollen Wohlwollens, welches der Kaiser der Generalynode bewiesen habe, und brachte ein dreifaches Hoch auf den Monarchen aus, in welches die Versammlung begeistert einstimmte.

Klagenfurt, 7. Nov. Der Landtag für Kärnten hat den Antrag, die Regierung um geeignete Schritte zu ersuchen, welche die Einfuhr von Vieh nach Baiern ermöglichen, an den volkswirtschaftlichen Ausschuss verwiesen. (W. Z.)

Frankreich.

Paris, 7. Nov. Die „Eclaireur“ dementirt die Nachricht von einer heftigen Erkrankung Jules Ferrys und fügt hinzu, Ferrys werde voraussichtlich am 20. November in Paris eintreffen.

Das in der vergangenen Nacht anlässlich des Schlußes der Ausstellung veranstaltete Fest war durch schönes Wetter begünstigt. Die Anzahl der Besucher wird auf etwa 500 000 geschätzt. Der Präsident Carnot wurde bei seinem Erscheinen mit lebhaften Zurufen begrüßt. (W. Z.)

England.

London, 7. Novbr. Alle Morgenblätter widmen Dr. Peters sympathische Nachrufe und drücken ihr Bedauern aus über das traurige Ende eines fähigen, machenden Pioniers in einem ausnahmsweise schwierigen und gefährlichen Unternehmen.

Italien.

Rom, 7. Nov. Wie es heißt, bezieht sich das zwischen Rußland und dem Vatican im Princip getroffene, aber noch nicht unterzeichnete Abkommen nur auf die Wiederbesetzung der vacanten bischöflichen Sitze in Rußland. Alle übrigen noch schwebenden Fragen hätten einen neuerlichen Aufschub erlitten. (W. Z.)

Portugal.

* [Der Kampf ums Fegfeuer.] Wie der „Daily News“ telegraphirt wird, macht in Lissabon folgender Vorfall großes Aufsehen. Die Leichenrede beim Begräbnis des Königs hielt der Patriarch

Beilage zu Nr. 17981 der Danziger Zeitung.

Freitag, 8. November.

Am 9. Novbr.: Danzig, 8. Nov. M.-A. 526, S.-A. 7.17, H. 4.10. Wetterausichten für Sonnabend, 9. November, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Wolkig, trübe, Regen; lebhaft windig; ziemlich milde, zeitweise Aufklärung. Stellenweise Gewitterregen. Böige, starke bis stürmische Winde in den Küstengegenden. Sturmwarnung. Im Süden strichweise Reif bei nächtlicher Aufklärung.

Für Sonntag, 10. November:

Thells bewölkt mit Sonnenschein bei ziemlich milder Luft, aber vielfach bedeckt und trübe mit Regen; unruhig, starke Winde in den Küstengegenden.

Für Montag, 11. November:

Stark wolkig, trübe, unruhig, Regenschälle; starke Winde, in den Küstengegenden auch stürmisch, Tags über ziemlich milde, Nachts strichweise Frost.

Für Dienstag, 12. November:

Bewölkt, vielfach trübe mit Regen; lebhaft windig, Mittags milde Luft. Starke bis stürmische Winde in den Küstengegenden. Nachts stellenweise Frost.

[Auszug aus dem Sitzungs-Protokoll des Vorsteheramts der Kaufmannschaft vom 30. Oktober 1899.] Für die Ende d. J. aus dem Vorsteher-Amt auscheidenden Herren Otto Steffens, Robert Petschow, Emil Berenz, Francis Stoddart, Eugen Pahlg wird die Neuwahl von fünf Mitgliedern des Vorsteheramtes für die drei Jahre 1899/92 auf Mittwoch, Donnerstag und Freitag, den 20. bis 22. November d. J., anberaumt. — Die Herren Paul Steimmig, in Firma Carl Steimmig u. Co., und Salomon Plotkin, in Firma S. Plotkin, hier, werden auf ihren Antrag in die Corporation aufgenommen. — Auf Antrag des Vorsteher-Amtes ist der Buchhalter Hermann Mencke hier als Diapacheur bei dem Amtsgericht Danzig am 26. Oktober vereidigt worden. — Auf Antrag des Vorsteher-Amtes hat das königl. Amtsgericht hier den Kaufmann Carl Julius Gülnier hier als Sachverständigen für Manufacturwaaren in Wolle, Baumwolle und Seide verpflichtet und vereidigt. — Nachdem die Regierungen der deutschen Seestaaten beschlossen haben, die Führung und Behandlung des Schiffsjournals auf deutschen Ausfahrtschiffen unter einheitliche nähere Vorschriften und Zuwiderhandlungen gegen diese unter Strafe zu stellen, wird durch einen von dem Herrn Regierungs-Präsidenten dem Vorsteher-Amt mitgetheilten Erlaß des Herrn Handelsministers eine Aeußerung darüber gefordert, ob die Verpflichtung zur Führung eines Schiffsjournals auch für

kleinere Fahrzeuge (Küstenfahrer etc.) in gleichem Umfange wie für größere Seeschiffe und weitere Fahrten fortbestehen könne. Nach dem Antrage der Sachcommission für Rheerei und Schifffahrt wird beschlossen, eine Verordnung gemäß Art. 55 des preussischen Einfuhrungsgesetzes zum deutschen Handelsgesetzbuche zu beantragen, wonach

1. auf Schiffen in Küstenfahrt innerhalb der Grenzen der Provinzen Ostpreußen, Westpreußen und Pommern nur ein Journal zu führen ist, in welches von Tag zu Tag die Beschaffenheit von Wind und Wetter und der Wasserstand bei den Pumpen, soweit thunlich, täglich und außerdem ohne Verzug alle Unfälle einzutragen sind, welche dem Schiffe und der Ladung zustoßen (wie für Schleswig-Holstein und Hannover), —

2. auf Schiffen, welche ohne einen anderen Hafen anzulaufen nach dem Ausgangshafen zurückkehren, oder welche Reisen zwischen Häfen machen, die nicht weiter als 20 Seemeilen von einander entfernt sind.

die Führung eines Journals nicht erforderlich sein soll. — Wegen der Holzlagerungen auf der todtten Weichsel hat gestern eine Besichtigungsfahrt stattgefunden. Um bei der starken Belegung der todtten Weichsel mit Holz für die noch ankommenden Traften Platz zu schaffen, sind die betheiligten Holzhändler und Holzcapitäne behufs Vermeidung besonderer polizeilicher Maßnahmen dringend ersucht worden, wegen ihrer auf der Weichsel lagernden Höher die erforderlichen Veranstellungen zu treffen, daß die noch ausstehenden neuen Zufuhren von mindestens 100 großen Weichseltraften ohne Aufenthalt durch die Schlenze in die todtte Weichsel gebracht und dort so untergebracht werden können, daß die vorchriftsmäßige Fahrtrinne (§ 34 der Hafenpolizeiverordnung) frei bleibt. — Im Auftrage des Hrn. Finanzministers hat der Herr Provinzial-Steuer-Director das Vorsteher-Amt davon in Kenntniß gesetzt, daß bei der jollamitlichen Ueberwachung der Privattransitlager von Holz auf die Identitätscontrole in dem Umfange, wie sie durch die bisherige Buchführung geübt worden ist, nicht verzichtet werden kann, daß dagegen von der Buchführung über die bei der Bearbeitung eingelagerter Höher thatsächlich entstandenen Abfälle abgesehen werden soll. Das hiesige königliche Haupt-Zoll-Amt ist mit der entsprechenden Anweisung versehen worden.

* [Anleihen für Schulbauten.] Die Fälle, in denen Kommunen die Kosten des regelmäßigen Schulbaubedarfnisses aus Anleihenmitteln zu bestreiten beschließen, haben sich in letzter Zeit erheblich gemehrt. Der Finanzminister und der Minister des Innern haben hieraus Veranlassung genommen, darauf aufmerksam zu machen, daß diese Kosten, namentlich in solchen Gemeinden, deren Bevölkerung in rascher Zunahme begriffen ist, und in welchen daher das Bedürfnis zur Ausführung neuer Schulbauten in kurzen Zwischenräumen wiederzukehren pflegt, zu den regelmäßigen Ausgaben des Gemeindehaushalts gerechnet werden

müssen. Wo hiernach nicht etwa die Nothwendigkeit zu umfassenderen Schulhausneubauten durch besondere Umstände, wie beispielsweise durch eine außerordentliche Vermehrung der Bevölkerung, durch unerwartetes Eintreten von Bauschäden an älteren Schulbauten u. s. w. herbeigeführt wird, soll darauf gehalten werden, daß die Kosten der Schulhausbauten aus den regelmäßigen Einnahmen der betreffenden Stadtgemeinden bestritten werden.

* [Marktpreise.] In der letzten Sitzung der städtischen Markt-Commission sind die Durchschnitts-Markt- und Ladenpreise für Danzig pro Monat Oktober c. festgestellt worden. Darnach kosten je 100 Kilogramm: Weizen, gut 17.91 Mk., mittel 16.81 Mk., gering 15.56 Mk., Roggen, gut 16.02 Mk., mittel 15.47 Mk., gering 14.72 Mk., Gerste, gut 15.50 Mk., mittel 13.95 Mk., gering 12.70 Mk., Hafer, gut 14.37 Mk., mittel 13.97 Mk., gering 13.57 Mk., Erbsen, gelbe, zum Kochen 17 Mk., Speisebohnen, weiße 22 Mk., Linsen Ladenpreis 42.50 Mk., Kartoffeln 2.75 Mk., Richtstroh 6.50 Mk., Stummstroh 4.50 Mk., Heu 5 Mk. Ferner je 1 Kilogr.: Rindfleisch von der Keule 1.20 Mk., Bauchfleisch 1.10 Mk., Schweinefleisch 1.40 Mk., Hammelfleisch 1.10 Mk., Kalbfleisch 1.40 Mk., geräucherter Speck, hiesiger 1.80 Mk., Eibutter 2.20 Mk., Weizenmehl Nr. 1 34 Pf., Roggenmehl Nr. 1 31 Pf., Brodmehl 26 Pf., Gerstengraupe 42 Pf., Gerstengröße 35 Pf., Buchweizengröße 35 Pf., Hirse 30 Pf., Reis, Java 60 Pf., Kaffee, Java mittlerer roh 2.80 Mk., Java, gelb in gebrannten Bohnen 3.60 Mk., Speisefalz 20 Pf., hiesiges Schweineschmalz 1.80 Mk., Eier für 60 Stück 3.20 Mk.

[Polizeibericht vom 8. November.] Verhaftet: 1 Mädchen wegen Diebstahls, 1 Arbeiter wegen Mißhandlung, 1 Arbeiter wegen groben Unfugs, 9 Obdachlose, 1 Bettler, 2 Betrunkene. — Gestohlen: 8 Meter grünes Kleidzeug, 1 Börse, enthaltend etwa 39 Mk. — Gefunden: Ein Handkoffer, enthaltend einige Wäschestücke; 1 Postfreimarke, 1 Portemonnaie mit Inhalt, 1 Pfandbrief, abzuholen von der Polizeidirection hieselbst; 2 Güter Kartoffeln, abzuholen vom Kaufmann Gustav Krause, Petersiliengasse 15. — Verloren: 1 Portemonnaie mit 17 Mk. Inhalt und 1 Trauring, gez. E. W., abzugeben auf der Polizeidirection hieselbst.

± Neuteich, 7. Nov. Eine unliebsame Störung ertit am Mittwoch Abend der Unterricht in der staatlichen Fortbildungsschule dadurch, daß von einer Person, die sich auf den Schulhof geschlichen hatte, zwei Fenster mit Steinen eingeworfen wurden. Ein Schüler wurde durch Glasplitter an der Hand verletzt. Ob, wie die Schüler behaupten, auch ein Schuß gefallen ist, ist noch nicht festgestellt. Ein Schreibruch hat bereits zugegeben, aus Rache für eine polizeiliche Strafe von 1 Mk., die er dafür erhalten hatte, daß er mit einer brennenden Cigarre im Unterrichtszimmer erschienen war, das Einwerfen von Schulfenster sich vorgenommen und den Plan auch mit einem anderen Kameraden besprochen zu haben; doch bestreitet er, der Thäter zu sein. — In der am Dienstag stattgehabten Sitzung des landwirtschaftlichen Vereins wurden zwei Schreiben des Centralvereins, betreffend Maul- und Alauenfeuche und die sogenannte Sachfengängerel, besprochen. Einer Befürwortung der Aufhebung des Wanderns von Arbeitern in andere Gegenden kann

der Verein nicht zustimmen, da das gegen das Freizügigkeitsgesetz verstoßen würde und auch die hiesige Gegend solcher fremder Arbeiter (die aus Ostpreußen und der Ruffubei kommen und hier bei der Rübenarbeit beschäftigt werden) bedarf. Für die Verwaltungsrathssitzung des Hauptvereins in Danzig am 30. November wurde der Vorsitzende delegirt.

A Pillau, 7. November. Der deutsche Schooner „Emilie“ aus Barth, der gestern Abend hier ankam, wollte heute Morgen nach Königsberg weitersegeln. Beim Ankerhüben begann der Schooner zu treiben und obgleich der zweite Anker sofort fiel, trieb der Schooner, welcher über Nacht auf Strom gelegen hatt, bis dicht vor die Einfahrt des Petroleumhafens, wo derselbe mehrere Male mit dem Hintersteven auf Grund aufsetzte. Die große Gefahr, in welcher sich der Schooner befand, wurde hier bemerkt und sofort lief der Bugfirdampfer „Bog“ hinaus, um Hilfe zu leisten. Da in Folge des glücklicherweise an dieser Stelle ganz weichen Bodens der Schooner keinen Schaden erlitten hatte, ließ sich derselbe durch die Rinne nach dem Haff schleppen und segelte nach Königsberg weiter. — Schlimmer erging es dem Rahnschiffer Runde aus Alt-Pillau. Derselbe ging heute Morgen unter Beistand des Bugfirdampfers „Bog“ mit einer Kohlenladung nach dem Frischen Haff. Nachdem die Rinne passirt war, kehrte der Dampfer zurück, während der Rahm unter Segel ging. In Folge des schweren Sturmes gingen die Sturmwellen über den Rahm hinweg. Plötzlich bekam derselbe einen Leck und begann langsam zu sinken. Die Besatzung mußte auf die Rettung ihres Lebens bedacht sein und bestieg das Rettungsboot, um nach dem von Königsberg herunterkommenden dänischen Schooner „Ellen“ zu fahren, welcher die Schiffbrüchigen aufnahm und nach hier zurückbrachte. Hier angekommen, bestiegen dieselbe sofort den eiligst engagirten Bugfirdampfer „Bog“ und dampften nach der, in der Gegend von Rahlholz gelegenen Unfallstelle ab, um den Rahm eventl. noch nach hier einzubringen. Leider kam die Hilfe zu spät, denn der Rahm sank vor den Augen der zur Hilfe eilenden Besatzung fort. Da der Rahm zwar außerhalb der Rinne, aber immerhin für die Schifffahrt gefährlich liegt, wird mit der sofortigen Hebung begonnen werden.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 7. November. Getreidemarkt. Weizen loco fest aber ruhig, holsteinischer loco neuer 175—182. — Roggen loco fest aber ruhig, mecklenburgischer loco neuer 170—175, russ. loco fest, 110—116. — Hafer sehr fest. — Gerste fest. — Rübsen (runderollt) fest, loco 70. — Spiritus behauptet, per Nov.-Debr. 21 1/2 Br., per Dez.-Januar 21 Br., per April-Mai 21 Br., per Mai-Juni 21 1/4 Br. — Kaffee ruhig. Umfah 1000 Cch. — Petroleum fest. Standard white loco 7.70 Br., 7.20 Cb., per Debr. 7.25 Br. — Weiter: Reanertisch.

Hamburg, 7. November. Zuckermarkt. Rübenroh Zucker 1. Product. Basis 88 % Rendement neue Uance, f. a. B. Hamburg 12.47 1/2, per Mai 12.65. Rubia.

Hamburg, 7. November. Kaffee. Good average Santos per November 80, per Dezember 80, per März 76 1/2, per Mai 75 1/2. Rubia.

Savre, 7. Novbr. Kaffee. Good average Santos per Dezember 96.75, per März 93.25, per Mai 93.00. — Raum behauptet.

Bremen, 7. November. Petroleum. (Schlußbericht.) Steigend. Standard white loco 7.20 bei.

Mannheim, 7. November. Getreidemarkt. Weizen per Novbr. 18.40, per März 18.95, per Mai 20.20. — Roggen per Novbr. 16.45, per März 16.70, per Mai 16.85. — Hafer per Novbr. 14.55, per März 15.35, per Mai 15.55.

Frankfurt a. M., 7. Nov. Effecten-Courset. (Schluß.) Credit-Aktien 286 1/2, Franzosen 283 1/4, Lombarden 111 1/4, Galizier 162 1/2, Aegyptier 93 10, 4 ungar. Goldrente 88.60, Gotthardbahn 175.40, Disconto-Commandit 237.70, Dresdener Bank 170.40, Laurahütte 188.70, Selsenkirchen 184.50, Berliner Handelsgesellschaft 193.50, Schmach.

Wien, 7. Novbr. (Schluß-Courset.) Oester. Papierrente 85.70, do. 5% do. 101.00, do. Silberrente 88.00, 4% Goldrente 109.80, do. ungar. Goldr. 101.35, 5% Papierrente 97.55, 1860er Loose 139.75, Anglo-Aust. 148.50, Länderbank 260.50, Creditact. 313.75, Unionbank 242.00, ungar. Creditactien 333.50, Wiener Bankverein 117.75, Böhm. Westbahn —, Böhmisches Elbbahn —, Buich. Eisenb. 32.2, Dux-Bodenbacher —, Elbthalbahn 220.50, Nordbahn 280.00, Frantosen 240.25, Galizier 190.00, Lemb. berg-Eern. 236.00, Lombarden 132.25, Nordwestbahn 150.25, Nordböhmer 168.00, Alp. Mont. Act. 97.10, Tabakactien 119.50, Amsterdamer Wechsel 98.30, Deutsche Plätze 58.25, Londoner Wechsel 118.70, Pariser Wechsel 47.10, Napoleons 9.45, Marknoten 58.27 1/2, Ruff. Banknoten 1.24, Silbercoupons 100.

Amsterdam, 7. November. Getreidemarkt. Weizen per November —, per März 197. — Roggen per März 194—145—144—143—144, per Mai 145—144.

Antwerpen, 7. Nov. Getreidemarkt. Weizen ruhig. Roggen fest. Hafer fest. Gerste behauptet.

Antwerpen, 6. Nov. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Lape weiß loco 17 1/4 bei und Br., per Novbr. 17 1/4 Br., per Dezember 17 1/4 Br., per Januar-März 17 1/4 bei, 17 1/4 Br. Ruhig.

Paris, 7. November. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per Nov. 22.10, per Dezbr. 22.30,

per Januar-April 22.60, per März-Juni 23. — Roggen ruhig, per Nov. 14.25, per März-Juni 15. — Weizen ruhig, per Novbr. 50.75, per Dezbr. 50.90, per Januar-April 51.60, per März-Juni 52.10. — Rüböl behauptet, per Nov. 74.50, per Dez. 75.00, per Januar-April 75.25, per März-Juni 73.00. — Spiritus ruhig, per Novbr. 36.75, per Dezember 37.00, per Januar-April 38.25, per Mai-August 39.75. — Metier: Schön.

Paris, 7. Nov. (Schlußcourset.) 3% amort. Rente 80.37 1/2, 3% Rente 87.15, 4 1/2% Anl. 104.95, 5% italien. Rente 94.00, Oester. Goldrente 92 1/4, 4% ungar. Goldrente 87.43, 4% Ruffen 1880 94.45, 4% Ruffen 1889 92.20, 4% unific. Aegyptier 483.75 ex cl., 4% span. Anleihe 74 1/2, cons. Türken 17.40, türkische Loose 73.60, 5% priv. türk. Obligationen 462.50, Franzosen 527.50, Lombarden 290.00, Comb. Prioritäten 315.00, Banque ottomane 548.75, Banque de Paris 837.50, Banque d'escompte 526.25, Credit foncier 1300.00, do. mobilier 480.00, Meridional-Aktien —, Panamacanall-Aktien 53.75, do. 5% Oblig. 39.00, Rio Tinto-Aktien 344.30, Suezcanal-Aktien 2317.50, Wechsel auf deutsche Plätze 122 1/4, Londoner Wechsel kurz 25.22, Cheques a London 25.24, Compt. d'Escompte neue 650.

Paris, 7. November. Bankausweis. Baarvorrath in Gold 1291 610 000, Baarvorrath in Silber 1254 934 000, Portefeuille der Hauptbank und der Filialen 689 730 000, Notenumlauf 3 041 913 000, laufende Rechnung der Privaten 400 780 000, Guthaben des Staatskassas 324 668 000, Gesamtvorräthe 254 027 000, Zins- und Disconto-Creditgründe 8 993 000 Frs. Verhältnis des Notenumlauf zum Baarvorrath 83.73.

London, 7. November. Bankausweis. Totalreserve 11 909 000, Noten-Umlauf 24 601 000, Baar-Vorrath 20 310 000, Portefeuille 19 956 000, Guthaben der Privaten 25 614 000, Guthaben des Staats 4 138 000, Notenreserve 10 990 000, Regierungssicherheiten 15 767 000 Ctr. Procent-Verhältnis der Reserve zu den Passiven 39 1/4 gegen 40 1/4 in der Vormoche.

Berliner Fondsbörse vom 7. November.

Die heutige Börse eröffnete in schwacher Haltung, und bei großer Zurückhaltung der Speculation bewegten sich die Umsätze anfangs in beherrschenden Grenzen. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Londonmeldungen lauteten wenig günstig und die fortwährende Verflechtung des Geldmarktes wirkte verstillend. Um die Mitte der Börsenzeit machte sich einigcs Deckungsbedürfnis bemerkbar, welches etwas größere geschäftliche Regsamkeit und eine Befestigung der Haltung veranlaßte. Der Börsenschluß erschien aber aufs neue wesentlich abgeschwächt. Der

London, 7. Novbr. Engl. 2 1/2% Consols 97 1/4, preuß. 4% Consols 108, Ital. 5% Rente 83 1/2, Lombarden 111 1/4, 4% cons. Ruffen von 1889 (II. Serie) 92 1/4, cons. Türken 17 1/4, Oesterreich. Silberrente 73, Oesterr. Goldrente 93, 4% ungar. Goldrente 86 1/4, 4% Spanien 74 1/2, 5% privilegierte Aegyptier 102 1/2, 4% unific. Aegyptier 91 1/2, 3% garantierte Aegyptier 100 1/2, 4 1/4 % ägypt. Tributantl. 92 1/4, 6% consol. Mexikaner 95, Ottomanbank 117 1/2, Suezactien 91 1/2, Canada-Pacific 72 1/2, De Beers-Aktien neue 22 1/2, Rio Tinto 133 1/2, Rubinen-Aktien 19 1/2 % Agio. Plahdiscont 3 1/8 %. Wechsel-Notierungen Deutsche Plätze 20.67, Wien 12.46, Paris 25.48, Petersburg 25 1/2.

Glasgow, 7. November. Rohstoffe (Schluß.) Mixed numbers warrant 59 sh. 5 d.

Liverpool, 7. November. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 12 000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Stetig. Middl amerik. Lieferung: per November 5 3/4, Käuferpreis, per Novbr.-Dezember 5 5/8 do., per Dezbr.-Januar 5 5/8 do., per Jan.-Februar 5 5/8 do., per Febr.-März 5 5/8, Merth, per März-April 5 5/8 do., Käuferpreis, per April-Mai 5 1/2 do., per Mai-Juni 5 1/2 do., Verkäuferpreis, per Juni-Juli 5 3/4 do., per Juli-August 5 1/4 do., Käuferpreis.

Newyork, 6. November. (Schluß-Courset.) Wechsel auf London 4.81, Cable-Transfers 4.86, Wechsel auf Paris 5.22 1/2, Wechsel auf Berlin 94 1/4, 4% fundierte Anleihe 127, Canadian-Pacific-Aktien 69 1/2, Central-Pacific-Akt. 34, Chic.-u. North-Western-Akt. 113, Chic., Minn.-u. St. Paul-Akt. 70 1/2, Illinois Central-Akt. 116 1/2, Lake-Shore-Nichigan-South-Akt. 107 1/2, Louisville- und Nashville-Aktien 83 1/2, Newy. Lake-Erie u. Western-Aktien 28 1/2, Newy. Lake-Erie, West. Second Mort.-Bonds 104 1/2, New. Central-u. Hudson-River-Aktien 106 1/2, Northern-Pacific-Præferenz-Aktien 73 1/2, Norfolk-u. Western-Dreiered-Aktien 56, Philadelphia- und Reading-Aktien 39 1/2, St. Louis-u. S. Franc.-Præf.-Akt. 55 1/2, Union-Pacific-Aktien 68 1/2, Wabash, St. Louis-Pacific-Dreiered-Akt. 31 1/2. — Baumwolle in Newyork 10 1/4, do. in New-Orleans

94 1/8. Raffinirtes Petroleum 70% Able Zell in Newyork 7.35 Cb., do. in Philadelphia 7.35 Cb., rohes Petroleum in Newyork 7.70, do. Pipe line Certificates per Dezbr. 108. Fest, rubig. Schmalz loco 3.40, do. Nähe u. Brothers 6.80. — Zucker (Fair refining Muscovades) 4 1/2 nom. — Kaffee (Fair Rio) 19. Rio Nr. 7 low ordinary per Dezbr. 14.47, per Februar 14.50

Viehmarkt.

Berlin, 8. November. (Vor Beendigung des Marktes abgefaßt; telegraphische Ergänzung vorbehalten.) Zum Verkauf standen heute 227 Rinder, 716 Schweine, 660 Küder und 53 Hammel. — Bei Rindern wurde ca. ein Viertel des Auftriebs geringer Waare zu Preisen des letzten Montags umgefaßt. — Der Schweinemarkt gestaltete sich ziemlich regc und wurde zu gebesserten Preisen schwer geräumt. 1. fehltc, 2. und 3. Qualität erstelte 57 bis 69 M. per 100 K mit 20 Proc. Tara. — Das Ralbergeschäfft verlief wie am Montag. Feinste Waare war knapp und daher glatt veräußlich. Im übrigen fand ruhiger Handel stat. Ia. 54—65 M. ausgesuchte Ponen darüber, Ha. 40—52 Pf. per K Fleischgewicht. — Bei Hammeln fand kein Umsatz statt.

Verantwortliche Redacteurs: für den politischen Theil und sonstige Nachrichten: Dr. B. Herrmann, — das Scuilleiten und Stetigkeit: S. Köhner, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine-Theil und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseratenthell: A. W. Hofmann, sämtlich in Danzig.

Die berühmtesten Säger und Sägerinnen haben anerkannt, daß Jans echte Sodener Mineral-Pastillen, gewonnen aus den Sagen der zur Kur gebrauchten berühmten Gemeinde-Quellen Nr. III. und XVIII., auf die Stimmorgane einen so wohltätigen und günstigen Einfluß ausüben, daß die von jenen so sehr geprüfte Heiserkeit durch die Pastillen, die in allen Apotheken für nur 85 Pf. die Schachtel zu haben sind, die denkbar beste Bekämpfung findet.

Deutsche Fonds.		
Deutsche Reichs-Anleihe	4	107.90
do. do.	3 1/2	102.70
Nonpolidirte Anleihe	4	106.80
do. do.	3 1/2	103.20
Staats-Schuldscheine	3 1/2	100.20
Oesterreich. Procr. Oblig.	4	—
Westpr. Procr. Oblig.	3 1/2	101.20
Brandb. Centr. Pfdbdr.	4	104.90
Ostpreuss. Pfdbdr.	3 1/2	100.30
Bommerische Pfdbdr.	3 1/2	100.90
do. do.	4	—
Börsenische neue Pfdbdr.	4	100.70
do. do.	3 1/2	100.20
Westpreuss. Pfdbdr.	3 1/2	100.50
do. neue Pfdbdr.	3 1/2	100.40
Dom. Rentenbriefe	4	104.25
Polenische do.	4	104.25
Preussische do.	4	104.25

Ausländische Fonds.		
Oester. Goldrente	4	93.80
Oester. Papier-Rente	5	86.60
do. do.	4 1/2	73.40
do. Silber-Rente	4 1/2	73.70
ungar. Eisenb.-Anleihe	4 1/2	98.40
do. Papier-Rente	5	83.25
do. Goldrente	5	86.60
Ang. Ost-Pr. 1. Em.	5	85.25
Russ. Engl.-Anleihe 1870	5	—
do. do. do. 1871	5	—
do. do. do. 1872	5	—
do. do. do. 1873	5	—
do. do. do. 1875	4 1/2	101.80
do. do. do. 1880	4	93.10
do. Rente 1883	5	114.00
Russ.-Engl.-Anleihe 1884	5	—
do. Rente 1884	5	102.60
Russ. Anleihe von 1885	5	92.40
Russ. 2. Orient-Anleihe	5	84.70

Ruff. 3. Orient-Anleihe		
do. Stiegal. 5. Anleihe	5	97.20
do. do. 6. Anleihe	5	93.00
Russ.-Poln. Schatz-Pdbdr.	4	57.25
Poln. Liquidat.-Pfdbdr.	4	93.90
Italienische Rente	5	106.80
Rumänische Anleihe	5	101.40
do. fundierte Anl.	5	96.50
do. amort. do.	5	17.35
Türk. Anleihe von 1886	1	87.30
Serbische Gold-Pfdbdr.	5	84.70
do. Rente	5	85.50
do. neue Rente	5	—

Hypotheken-Pfandbriefe.		
Danz. Hypoth.-Pfandbr.	4	102.50
do. do. do.	3 1/2	97.50
Dtsch. Grundsch.-Pfdbdr.	4	102.80
Hamb. Hyp.-Pfandbr.	4	101.70
Meininger Hyp.-Pfdbdr.	4	102.00
Nordb. Grd.-Sch.-Pfdbdr.	4	102.00
Dom. Hyp.-Pfandbr.	5	95.25
2. u. 4. Em.	5	94.00
2. Em.	4 1/2	91.90
1. do.	4	88.60
Dr. Bod.-Cred.-Act.-Bh.	4 1/2	114.80
Dr. Central-Bod.-Cr.-B.	5	—
do. do. do.	4 1/2	—
do. do. do.	4	100.90
Dr. Hypoth.-Actien-Bh.	4	102.80
Dr. Hypoth.-B.-A.-G.-G.	4 1/2	100.10
do. do. do.	4	102.40
do. do. do.	3 1/2	99.75
Stettiner Nat.-Hypoth.	5	—
do. do. do.	4 1/2	106.50
do. do. do.	5	101.00
Poln. landbchaftl.	5	82.40
Russ. Bod.-Cred.-Pfdbdr.	5	104.50
Russ. Central- do.	5	84.50

Lotterie-Anleihen.		
Bab. Dräm.-Anl. 1887	4	144.00
Bair. Dräm.-Anleihe	4	146.75
Braunsch. Dr.-Anleihe	—	108.80
Gotth. Dräm. Pfdbdr.	3 1/2	113.50
Hamburg. Lotr.-Loose	3	149.30
Holl.-Münd. Dr.-G.	3 1/2	142.30
Lübecker Dräm.-Anleihe	3 1/2	136.00
Oester. Loose 1854	4	117.60
do. Cred.-L. v. 1858	—	324.75
do. Loose von 1880	5	124.10
do. do. 1884	—	314.00
Oldenburger Loose	3	135.50
Dr. Dräm.-Anleihe 1855	3 1/2	157.50
Raab-Grat 100 L.-Loose	4	167.20
Russ. Dräm.-Anl. 1864	5	163.75
do. do. von 1885	5	—
Una. Loose	—	256.25

Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien.		
Aachen-Mastricht	71.40	2 1/2
Berl.-Dresd.	126.20	4 1/2
Mainz-Cadwizgshafen	63.00	3
Mariemb.-Mlawh-St.-A.	118.00	5
do. do. St.-Dr.	—	—
Nordhausen-Erfurt	—	—
do. St.-Dr.	—	—
Ostpreuss. Güdbahn	33.75	8
do. St.-Dr.	116.60	5
Saal-Bahn St.-A.	49.50	—
do. St.-Dr.	115.50	5
Stargard-Posen	103.20	4 1/2
Weimar-Gera gar.	23.75	—
do. St.-Dr.	100.60	2 1/2

Zinsen vom Staate gar. Div. 1888.		
Galizier	81.40	4
Gotthardbahn	4	6
Arondr.-Rub.-Bahn	85.90	4 1/4
Lüttich-Cimburg	25.10	—
Oester.-Franz. St.	103.00	3.70
do. Nordwestbahn	—	4 1/4
do. Elb.	94.50	5
Reichens.-Parbub.	72.75	—
Ruff. Staatsbahnen	127.40	5
Russ. Südwestbahn	70.10	7.46
Schweis. Unionb.	120.50	4 1/2
do. Westb.	38.20	—
Südböhm. Lombard	56.90	1
Warschau-Wien	190.30	—

Ausländische Prioritäts-Aktien.		
Gotthard-Bahn	5	106.20
Reich.-Oderb. gar. I.	5	87.75
do. do. Gold-Dr.	5	101.36
Arondr.-Rub.-Bahn	4	81.10
Oester.-Fr.-Staatsb.	3	83.23
do. Nordwestbahn	5	91.50
do. Elbthalb.	5	89.90
Südböhm. B. Comb.	3	62.10
do. 5% Oblig.	5	102.50
ungar. Nordostbahn	5	85.80
do. do. Gold-Dr.	5	101.60
Brest-Grajewo	5	96.50
Charkow-Ajow ril.	5	—
Kursk-Charkow	5	98.00
Kursk-Riew	5	89.70
Mosko-Niäsan	5	82.49
Mosko-Smolensk	5	109.00
Polnisch-Belogore	5	90.60
Riäsan-Ajow	5	89.70
Warschau-Lessow	5	100.50

Bank- und Industrie-Aktien. 1888.		
Berliner Rassen-Verein	132.00	5 1/2
Berliner Handelsges.	194.10	10
Berl. Prod. u. Hand.-A.	295.50	5
Bremer Bank	115.10	3 1/2
Bresl. Discontobank	114.40	6 1/2
Danziger Privatbank	—	8 1/4
Frankfurter Bank	174.90	9
Deutsche Genossensch.-B.	137.50	7 1/2
do. Bank	172.00	9
do. Effecten u. W.	133.10	10
do. Reichsbank	135.60	5.40
do. Hypoth.-Bank	115.60	6 1/2
Disconto-Command.	237.75	12
Gotthard-Bundcr.-Bh.	85.20	—
Hamb. Commers.-Bank	136.25	7 1/2
Hannoversche Bank	115.50	4 1/2
Königsb. Vereins-Bank	107.30	6
Lübecker Comm.-Bank	118.00	8 1/2
Magdeba. Privat-Bank	117.00	4 1/2
Meininger Hypoth.-B.	103.20	5
Norddeutsche Bank	176.80	10
Oester. Credit-Anstalt	167.80	9.18
Dom. Hyp.-Act.-Bank	22.00	0
Dresdner Provinz.-Bank	—	5 1/2
Preuss. Boden-Credit	122.40	6 1/2
Dr. Centr.-Boden-Cred.	150.60	8 1/2
Schaffhaus. Bankverein	112.60	4
Schleischer Bankverein	140.40	7
Südb. Bod.-Credit-Bh.	145.20	6 1/2
Danziger Deilmühle	149.00	12
do. Prioritäts-Act.	134.00	10
Neufelst.-Metallmaaren	135.75	—
Aktien der Colonia	99.50	—
Leipziger Feuer-Versich.	157.80	60
Dauverein Passage	99.50	3
Deutsche Bauagellschaft	115.40	7
A. B. Omnibus-Gesellsch.	196.00	8
Gr. Berlin. Pferdebahn	269.75	12 1/2
Berlin. Wappen-Fabrik	114.50	—

Wilhelmshütte		
Oberholl.-Eisenb.-B.	114.50	5 1/2
do. do.	117.60	5 1/2

Berg- und Hüttengegesellschaften.		
Div. 1888		
Dortm. Union-Bag.	—	—
Königs- u. Laurahütte	168.80	—
Stolberg. Zink	76.80	5 1/2
do. St.-Dr.	144.90	7 1/2
Victoria-Hütte	—	—

Wechsel-Cours vom 7. Novbr.		
Amsterdam	8 Tg.	2 1/2 188.80
do. do.	2 Mon.	2 1/2 187.85
London	8 Tg.	5 20.37
do. do.	3 Mon.	5 20.145
Paris	8 Tg.	3 80.80
Brüssel	8 Tg.	4 80.75
do. do.	2 Mon.	4 80.35
Wien	8 Tg.	4 171.60
do. do.	2 Mon.	4 170.30
Petersburg	3 Wch.	6 210.50
do. do.	3 Mon.	6 207.25
Warschau	8 Tg.	5 1/2 211.25

Discont der Reichsbank 5 %.		
Sorten.		
Dukaten	—	9.75
Sovereigns	—	—
20-Francs-St.	—	16.20
Imperials per 500 Gr.	—	—
Dollar	—	—
Englische Banknoten	—	20.365